

Menschenversuche sind nicht auszuschliessen

Während Jahren hat die Psychiatrische Universitätsklinik (PUK) nicht zugelassene Medikamente abgegeben

Von Misha Hauswirth

Basel. Die Pilotstudie «Medikamentenprüfungen an der Psychiatrischen Universitätsklinik Basel 1953–1980» bringt erstmals ein wenig Licht in einen Bereich, der bislang im Dunklen der Vergessenheit lag. Es geht um die Frage, welche Medikamente die Psychiatrie in der Vergangenheit verabreicht hatte – und es steht der Verdacht auf Menschenversuche im Raum.

Die von Urs Germann vom Institut für Medizingeschichte der Universität Bern durchgeführte Untersuchung wurde gestern veröffentlicht und liefert wenig erfreuliche Resultate: Zwischen 1953 und 1980 wurden in Basel «im Minimum 60 Wirkstoffe geprüft», heisst es. Davon hatten 33 nachweislich keine Handelsnamen, waren zum Zeitpunkt der Verabreichung also nicht von den Kontrollbehörden zugelassen.

Bei den geprüften Präparaten habe es sich zum Teil um Wirkstoffe gehandelt, die später auf den Markt gelangten, hält die Untersuchung fest. Es seien aber auch Stoffe dabei gewesen, die – etwa aufgrund der aufgetretenen

Nebenwirkungen – nie eine Zulassung erhalten haben. Die Studie fand auch Hinweise darauf, dass die damalige Pharmaindustrie mit Fokus auf den eigenen wirtschaftlichen Nutzen Medikamente deutlich rascher in die Klinik brachte, als das heute möglich wäre, und es zu einer Kooperation zwischen Klinik und Pharmaindustrie gekommen sein muss.



Brigitte Hollinger.

Um 1950 noch prägten Elektroschock, Insulin- und Schlafkuren das Behandlungsarsenal, das an der Klinik zur Verfügung gestanden hat. «Als erste Klinik der Schweiz setzte die PUK Basel Anfang 1953 den neuen Wirkstoff Chlorpromazin ein», so Germann. Dieser Stoff habe wie die bekannten Barbiturate sedierend gewirkt, doch seien die Patientinnen und Patienten bei Bewusstsein geblieben. Chlorpromazin bildet den Grundstein von modernen Psychopharmaka-Behandlungen.

In der Folge habe sich die PUK Basel als eine der führenden Kliniken der Schweiz im Bereich der Pharmakotherapie installiert, schreibt Germann. «In diesem Kontext ist auch die Mitwirkung bei der klinischen Prüfung neuer Präparate zu verorten.»

Zivilisationsprobleme behandeln

Die Verabreichung der Medikamente geschah im Kontext von Wohlstandsproblemen: Der Zusammenhang von Depressionen und psychosomatischen Leiden oder Sucht als Zivilisationskrankheiten mit der Hochkonjunkturphase war bereits beobachtet worden. «In die Offenheit gegenüber den neuen psychopharmakologischen Behandlungsverfahren mischte sich so ein zivilisationskritischer Unterton», hält Germann fest.

Welche Brisanz das Thema beinhaltet, zeigt auch der Umstand, dass etwa 70 Prozent der ehemaligen Patienten mit Medikamenten behandelt wurden. Einerseits hoffte man auf eine raschere Genesung, musste dann aber feststellen, dass die neuen Medikamente «unerwünschte Begleiterscheinungen

zur Folge hatten», so Germann. Unklar ist auch, ob die Patienten darüber informiert wurden, dass sie nicht zugelassene Stoffe verabreicht bekamen.

Um das Vorgehen der damaligen Ärzte zumindest grob nachvollziehen zu können, wurde für die Zeit nach 1965 eine Zufallsstichprobe von 250 Krankenakten erhoben. Ausgewählt wurden Patientinnen und Patienten, bei denen entweder eine affektive Störung (Depression, bipolare Störung) oder eine Erkrankung aus dem schizophrenen Formenkreis diagnostiziert wurde. Weiter war wichtig, dass die Patienten sich zwischen 1966 und 1980 in der Klinik aufgehalten hatten. Es wurden Akten von je 125 Frauen und Männern berücksichtigt; insgesamt wurden 330 Akten für die Untersuchung gesichtet.

Aus Zeit- und Kostengründen konnten keine Patienten befragt werden und auch Archivmaterial aus der Poliklinik Basel floss nicht in die Untersuchung mit ein. Auch die Archive der Pharmaindustrie konnten nicht konsultiert werden, schreibt Germann.

Trotz des beschränkten Zugangs zu Dokumenten und Patientenakten hält

die Untersuchung fest, es sei zu einer engen Kooperation mit der pharmazeutischen Industrie gekommen.

Mit den Jahrzehnten hat sich die Gesellschaft gewandelt und mit ihr die Werte und somit der Blick auf die Psychiatrie. Das Vorgehen der Psychiater wurde zunehmend kritisch hinterfragt und ab 1968 wurden die Medikamente immer wieder als «chemische Zwangsjacke» bezeichnet.

Mehr Transparenz gefordert

Auslöser für die Untersuchung waren Medienberichte, die seit Herbst 2012 zu den sogenannten «Menschenversuchen» an der Psychiatrischen Klinik Münsterlingen (Kanton Thurgau) erschienen waren. Das «Problem der Medikamentenprüfungen» sei nicht auf die Klinik in Münsterlingen beschränkt.

Brigitte Hollinger, Präsidentin der SP Basel-Stadt, will, dass das Verhalten der Psychiater an der UPK in jener Zeit komplett aufgearbeitet wird. «Ich werde deshalb einen Anzug einreichen», sagt Hollinger. «Ich möchte von der Regierung wissen, wie sie zu einem solchen Projekt steht.»